

Parteitag der SPD
in Nürnberg,
25.-29.8.1986.

100	✓
110	
120	
130	
140	
150	
160	
170	
180	
190	
200	

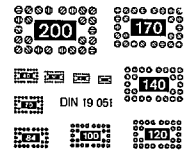
Grundeatzprogramm der SPD -
Entwurf der Programmkommission

Inge Wettig-Danielmeier,
Stellvertretende Vorsitzende der Programmkommission

Sperrfrist: Beginn der Rede
Es gilt das gesprochene Wort

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Der Parteivorstand,
Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1. Telefon: 0228-532-300, Telex: 08 86 306.
Herausgeber: Dr. Peter Glotz. Redaktion: Wolfgang Clement.

C 99 - 00079



Die Kommission, deren vier Vorsitzende der Essener Parteitag vor zwei Jahren gewählt hat, legt Euch heute den Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm der SPD vor. Unter der Leitung von Willy Brandt haben in dieser Kommission weitere dreizehn Genossinnen und Genossen mitgearbeitet. Eine größere Zahl von Beraterinnen und Beratern hat sich teilweise oder ständig an den Arbeiten beteiligt. Ihnen allen danke ich ganz herzlich für die zwei Jahre intensiver und engagierter Arbeit!

"Ein neues Grundsatzprogramm ist soviel wert wie der Diskussionsprozeß, der dahin führt und wie die Zahl und das Engagement der Menschen, die daran teilnehmen". Das hat uns Erhard Eppler vor zwei Jahren zu Beginn der Arbeit für ein neues Grundsatzprogramm auf den Weg gegeben. Unter dieser Maxime haben wir die Arbeit an unserem Entwurf begonnen.

Über den von der Programmkommission vorgelegten Entwurf ist die Partei mitten in die Diskussion. Es kommt auf dem Parteitag also weniger auf eine Einleitung zu dem vorgelegten Entwurf, sondern mehr auf eine Stellungnahme zu den verschiedenen kritischen Äußerungen an, die wir bisher als Kommissionsmitglieder von Genossinnen und Genossen, aber auch von uns Nahe- und Fernstehenden und aus der Presse erfahren haben.

Vor zwei Jahren haben wir uns ganz bewußt für eine lange, ausführliche Diskussion über unser neues Programm entschieden. Dies war in unserer Partei keineswegs immer so. Der Entwurf für das Erfurter Programm wurde vor fast hundert Jahren in lediglich vier Sitzungen erarbeitet und abgestimmt. Auf dem Parteitag gab Wilhelm Liebknecht eine umfassende Begründung, an der anschließenden kurzen Diskussion beteiligten sich vier Genossen. Danach, so das damalige Protokoll, "wurde der Antrag auf en-bloc-Aannah des Programm-Entwurfs mit sehr großer Majorität angenommen. Der von der Programm-Kommission unterbreitete Programm-Entwurf wird hierauf einstimmig zu definitiven Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt".

Ein solches Verfahren wäre heute nicht mehr möglich. Wir sind heute nicht mehr so uneingeschränkt sicher in unseren Entscheidungen. Die Unbedingtheit der Gesellschaftsanalyse des Erfurter Programms und einige der daraus entspringenden Folgerungen wird von uns nicht mehr geteilt. Vor allem aber wissen wir, daß es fast immer mehrere Wege gibt, um das als richtig erkannte Ziel zu erreichen. Es widerspräche auch unseren demokratischen Grundauffassungen und unseren demokratischen Zielen, ein Programm zu verabschieden, ohne zuvor umfassend in unserer Partei, mit unseren Freunden, aber auch mit Gegnerinnen und Gegnern diskutiert zu haben. Die SPD ist eine offene demokratische Partei in einer offenen Gesellschaft geworden. Und dieses verlangt, daß unsere Politik, ob Grundsatzprogramm oder Tagesprogramm, in offener Diskussion entwickelt werden muß und daß sie sich in offener Diskussion behaupten muß.

Warum begeben wir uns in eine neue Programmdiskussion? Warum versuchen wir, unsere Ziele programmatisch festzulegen? Erhard Eppler sagt, um etwas zu bewegen, um die Wirklichkeit in unserem Sinne zu formen, um Wirklichkeit zu verändern, nicht nur durch Programme, sondern durch Diskussion, durch die Suche nach dem richtigen Weg oder nach dem richtigen Weg. Wir setzen uns dabei bewußt der Kritik aus. Der Kritik, die stets nach dem Muster abläuft:



C 99 - 00079

Die einen sagen, die Sozis modernisieren nur ihr Aussehen, sie setzen sich eine neue Kappe auf, aber es bleibt doch alles beim alten. Einfach ausgedrückt: der alte Marx guckt doch überall raus, wie die CDU von Geißler bis Verhulsdonk oder der Münchner Merkur, der unter der Überschrift "Radikale Kehrtwendung" behauptet: "Der Programmtext wird in der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik vom alten Muster sozialistischer Klassenkämpfe geprägt."

Andere, in eigenen Lager und darüber hinaus werfen uns Zaghaftigkeit vor, mangelnde Fähigkeit zur Analyse des wahren Charakters der kapitalistischen Gesellschaft, bis hin zu dem Vorwurf, wir verrieten den Sozialismus. Wir hoffen auf Kritik, die uns hilft, die uns Anregungen gibt, die uns in Frage stellt, die uns vor Fehlern bewahrt und die uns ermuntert. Wie die Frankfurter Rundschau, die neben kritischen Worten doch schreibt: "Es ist ermutigend, daß die SPD immer wieder die Kraft findet, die gesamte Organisation in grundsätzliche Aussprachen zu zwingen. Das mag nicht stets zu den gewünschten Resultaten führen, kann aber nur dazu beitragen, innere Ausrichtungen zu verhindern, von denen alle Großorganisationen bedroht sind, die sich keine Rechenschaft geben".

Die Gesellschaft von 1891, von 1925, oder auch von 1959 ist nicht die heutige Gesellschaft, und in dem Zeitraum, für den das neue Programm gelten soll, wird es gesellschaftlichen Wandel geben, der die Sozialdemokratische Partei miterfaßt, so wie sie auch früher von ihm erfaßt wurde. Ihr politisches Programm kann davon nicht unberührt bleiben. Es gibt gesellschaftlichen Wandel, der Programmpunkte widerlegt, 'unrichtig' macht, korrigiert.

Kurt Schumacher stellte schon 1951 bei der Gründungstagung der Sozialistischen Internationale in Frankfurt fest: "Es ist das Kennzeichen mindestens der letzten vier Jahrzehnte, daß der Strom der Ereignisse viel reißender ist und viel mehr neue Tatsachen geschaffen hat, als die politische Theorie hat bewältigen können". Schumachers Aussage gilt mehr noch für die Entwicklung seitdem.

Am Beginn einer neuen Programmdenbatte müssen wir uns fragen: Was ist von dem geblieben, das vor über hundert Jahren Arbeiterrinnen und Arbeiter, vereint mit wenigen Bundesgenossen aus dem Bürgertum, sozialdemokratische Parteien gründen ließ - nicht nur in Deutschland, in allen Ländern Europas und weit über Europa hinaus. Sind es noch dieselben Ziele, die über Jahrzehnte den Erfolg unserer Bewegung ausgemacht haben, die uns auch Niederlagen überstehen ließen, oder hat der gesellschaftliche Wandel die sozialdemokratischen Ideale hinfällig werden lassen?

Wer unseren Entwurf liest, wer ihn mit früheren Programmen vergleicht, der wird die Kontinuität finden, die alle sozialdemokratischen Programme zusammenhält: die Forderung nach Freiheit und Gleichheit, nach Emanzipation. In der Arbeiterbewegung - so steht es im Programmtext - verbanden sich überkommene Sehnsüchte mit dem sozialen und sittlichen Protest gegen kapitalistische Ausbeutung und Erniedrigung zur modernen Idee einer Gesellschaft, worin - wie Marx es ausdrückte - "die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."

Die Konkretisierung der Emanzipationsforderung mündete im 19. Jahrhundert in der Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht und heute in der Schaffung materieller Gleichheit für alle. Es ist auch ein Zeichen unseres Selbstbewusstseins, uns in diesem Programmtext auf alle Wurzeln unseres Denkens und unserer Tradition zu berufen, auf die Ideen von Karl Marx und die Erfahrungen der Arbeiterbewegung ebenso wie auf das Christentum und die humanistische Philosophie.

Wenn konservative Kommentatoren und eilige Wahlkampfanalysen der CDU daraus den Schluß ziehen, wir wollten "die Zukunftprobleme mit den Denkschablonen und Instrumenten aus der sozialistischen Klamottenkiste des 19. Jahrhunderts anziehen", - so Geißler - so stellen sie sich selbst ein Armutszertifikat aus. Wir loben mit unserer Geschichte, wir lernen aus unserer Geschichte. Wir haben weder Karl Marx und Friedrich Engels noch Ferdinand Lassalle und die vielen anderen, die zum sozialdemokratischen Denken beigetragen haben, zu verschweigen. Ihr Beitrag zur politischen Kultur, zur Entwicklung der Demokratie in Deutschland ist dem Geißler allemal überlegen.

Verändert hat sich die Haltung zum Staat, zu dem jeweils existierenden Staat. Wenn das Erfurter Programm noch die Überwindung des Staates - des undemokratischen Obrigkeitsstaates - anstrebte, so erklärt die Weimarer SPD, daß sich der demokratische Sozialismus nur im demokratischen Staat entwickeln kann, auch wenn sich dieses Denken noch nicht überall in der SPD durchsetzt und der Spruch "Republik das ist nicht viel, Sozialismus bleibt das Ziel" vielfältige Wirkungen entfaltet.

Die ersten Erfahrungen mit dem demokratischen Staat und mit den Möglichkeiten, die er auch Sozialdemokraten bot, erläuterte Paul Löbe schon in der Programmrede auf dem Göttinger Parteitag 1921:

"... wir sitzen nicht nur in den Regierungen im Reich und in den Ländern, wir haben die Mehrheit in Hunderten von Städten und Dörfern. Unsere Bürgermeister, unsere Minister, unsere Vertrauensleute in allen Ämtern müssen unsere Forderungen in die Praxis umzusetzen versuchen."

Unsere Politik nach 1945, im Godesberger Programm unumstößlich festgelegt, wird bestimmt von der Erkenntnis, daß nur der demokratische Staat die notwendige Voraussetzung für die Entwicklung des demokratischen Sozialismus bietet. Wie sehr Sozialdemokraten den Staat nach 1945 als ihren Staat sehen, zeigt Kurt Schumachers Vorwort zum Aktionsprogramm von 1952:

"Die Demokratie wird von Sozialdemokraten als eine politische, menschliche und nationale Chance für die Deutschen und für die Erhaltung des Friedens in der Welt betrachtet... Die Sozialdemokratie hält es für ihre oberste Aufgabe, nicht einen Staat der Restaurierung früherer Verhältnisse, sondern ein neues Deutschland mit einem neuen politischen und sozialen Inhalt zu schaffen, in dem die Menschen über ihr eigenes Schicksal auf allen Gebieten tatsächlich mitbestimmen".

Wir können uns wegen dieses allgemeinen Konsensus heute kritischer und unbefangener mit den Defiziten dieses Staates auseinandersetzen:

Mit seinen Verkrustungen und Erstarrungen, mit seinen Bürokratisierungstendenzen, aber auch mit seiner ganz anderen konstitutionellen Aufgabe als Selbstorganisation der Gesellschaft.

Weil ihr Bekenntnis zum demokratischen Staat von Konservativen immer wieder in Frage gestellt wurde, reagierte die SPD verkrampft und aus heutiger Sicht zunächst falsch auf die 68er Studentebewegung. Heute sind wir in der Lage, die schöpferischen Kräfte neuer sozialer Bewegungen in unsere Diskussion und in unsere Politik einzubeziehen, ihre Bedeutung für den gesellschaftlichen Fortschritt auch programmatisch anzuerkennen.

Verändert hat sich auch die Antwort für die Frage, mit wem können wir den demokratischen Sozialismus verwirklichen. Wenn sich die SPD bis 1914 noch einem geschlossenen bürgerlichen Block gegenüber sieht und durch die objektiven Entwicklungsgesetze der Gesellschaft eine Mehrheit für die Arbeiterschaft erwartet, sucht die Partei schon in der Weimarer Republik nach

neuen Bündnispartnern. Hilferding forderte in seiner Programm-Rede 1925: "Demokratie bedeutet für uns in noch höherem Grade als vorher den Zwang, auch jene Mittelschichten zu gewinnen, die zur Eroberung der politischen Macht notwendig sind." Er nennt dann insbesondere die geistigen Arbeiter, die Kopfarbeiter, und fügt hinzu "Diese Schicht der Angestellten aller Art spielt namentlich innerhalb der städtischen Bevölkerung eine immer wichtigere Rolle; ihre Zahl ist noch rascher in den letzten Jahrzehnten kapitalistischer Entwicklung gewachsen als die Zahl des eigentlichen Proletariats. Diese Schichten müssen wir gewinnen." Ebenso hält er eine andere Betrachtung der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer und ihre Einbeziehung in sozialdemokratische Politik für notwendig.

Die strukturelle Entwicklung nach 1945 ist noch weiter gegangen. Peter von Oertzen hat in seiner Rede zu "25 Jahre nach Godesberg" darauf hingewiesen, wie sehr sich die Struktur der Arbeitnehmerschaft verändert hat. "Waren z.B. 1950 von 100 Erwerbstätigen noch 30 selbständig, 50 Arbeiter und 20 Angestellte oder Beamte, so sind heute kaum mehr als 10 % selbständig, aber unter den fast 90 % Arbeitnehmern bilden Angestellte und Beamte eine klare Mehrheit gegenüber den Arbeitern."

Wenn man die völlig veränderte Bildung und Ausbildung junger Menschen dazu nimmt - statt 85 % Volksschülern damals, heute 30 % Hauptschüler - so wird deutlich, daß veränderte Lebensbedingungen ihren Ausdruck im politischen Bewußtsein finden müssen.

Peter Glotz weist zu Recht in Weiterleitung von Überlegungen Antonio Gramscis daraufhin, daß wir für eine linke fortschrittliche Politik einen progressiven Block bilden müssen, der weit über die bisherige Anhängerschaft der SPD hinausreicht. Erhard Eppler hat den neuen Programmentwurf eine Plattform "für eine Mehrheit links von der Union" genannt, und zwar jenseits von aktuellen koalitionspolitischen Überlegungen. Die dümmlichen Erklärungen, der Programmentwurf sei ein "Fahrplan... zu einer rot-grünen Mehrheit links von der Mitte" verkennt den Charakter sozialdemokratischer Programmdiskussion. Der Programmentwurf soll - ob er das leisten kann, werden wir zu diskutieren wissen - ein Angebot sein, natürlich an alle Fortschrittlichen und Linken, aber auch an alle kritisch und liberal Denkenden, mögen sie gegenwärtig CDU, FDP oder Grün wählen.

Das Programm ist kein Koalitionsangebot an Parteien, sondern ein Angebot an die Bürger dieses Landes, gemeinsam etwas zu bewegen in Richtung auf eine fortschrittliche und soziale Gesellschaft.

Wie Koalitionen und Regierungen aussehen, entscheiden wir nach tagespolitischen Notwendigkeiten, und danach, wie wir für die Menschen weitere Schritte zu einer humaneren Gesellschaft gehen können. Deutlicher als bei allen bisherigen programmatischen Überlegungen ist deshalb das Postulat gesellschaftlicher Gleichheit als Ziel gesetzt und gleichzeitig unser Bekenntnis zu einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten.

Das gilt für die Sozialpolitik, für die Bildungspolitik z.B. mit dem Ziel der Einführung einer Gesamtschule, die eine Vielfalt der Bildungsangebote sichert, das gilt aber auch für die gesellschaftliche Gleichheit von Mann und Frau. Es geht nicht um Gleichmacherei, es heißt im Programmentwurf:

"Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichförmigkeit, sondern mehr Entfaltungsräume für individuelle Neigungen und Fähigkeiten und damit eine reichere und farbiger Gesellschaft."

Dieses Spannungsverhältnis zwischen gesellschaftlicher Gleichheit und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten in einer prinzipiell gleichen

Gesellschaft ist sicher eines der schwierigsten Felder in der Anwendung. Und um eines der Felder herauszugreifen, die mich am meisten bewegen: Die Fixierung auf die traditionelle Eheform mit ihrer strikten Rollenverteilung mit der so viele Frauen angeblich glücklich geworden sind, gehört sicher nicht zu den von uns vorgestellten Vielfalt von Lebensmöglichkeiten in einer Gesellschaft von grundsätzlich Gleichen.

Aber gerade dieses Beispiel zeigt, wie schwierig und emotionsbeladen die Diskussion im Konkreten werden kann. Das Spannungsverhältnis zwischen Gleichheit und Vielfalt wird zu den wichtigsten Diskussionen der nächsten Jahre gehören müssen, gerade wenn wir Sozialdemokraten die Meinungsführerschaft für alle Fortschrittlichen anstreben.

Und verändert hat sich ganz sicher innerhalb eines Jahrhunderts eine der zentralen Fragen des Sozialismus: Wie halten wir es mit der Wirtschaftsordnung?

Dabei denke ich, haben sich nicht die grundsätzlichen Ziele verändert. Geändert hat sich nicht unsere Überzeugung, daß es Wirtschaft als gnadenlosen Konkurrenzkampf aller gegen alle nicht geben darf, daß der Staat oder die organisierte Gesellschaft eine Steuerungs- und Lenkungsaufgabe hat. Die neo-konservative und alt-liberale Vorstellung:

"Der Mensch muß ökonomisch frei sein, dann regelt sich alles" wurde von Sozialdemokraten nie und wird auch heute von uns nicht geteilt.

Die Steuerung der Wirtschaft nur durch Unternehmer und ihre Beauftragten wird und von der SPD bis heute nicht akzeptiert. Wir halten daran fest, daß die Steuerung der Wirtschaft über staatlichen Einfluß und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbst mindestens den gleichen Rang hat, wie die Steuerung durch die Kapitaleigentümer oder besser die Unternehmer. Seit dem Godesberger Programm ist für uns die Änderung der Eigentumsverfassung nicht mehr ein vorrangiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik. Für uns kommt es auf die demokratische Verfassung der Wirtschaft an, auf die Selbstbestimmung des Menschen, auch in der Arbeitswelt. Die Absage an die staatliche Planwirtschaft hat die Partei bereits in Heidelberg 1925 eingeleitet, auch wenn sie die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Entwicklung für unerschüttert hält. Sie setzt 1925 auf eine Wirtschaftsdemokratie mit vergesellschafteten Eigentumsverhältnissen.

Die Godesberger Entscheidung für eine überwiegend privatwirtschaftlich organisierte, durch den Markt gesteuerte Wirtschaft, bei gleichzeitiger Kontroll- und Lenkungsaufgabe des Staates, wird von unserem Entwurf nicht revidiert. Auch dieser Programmentwurf geht von den notwendigen Steuerungsfunktionen des Marktes aus wie von den Steuerungsfunktionen des Staates, aber auch wie die SPD seit Weimar von der gleichberechtigten Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Innovations- und Risikofreudigkeit des Unternehmers ist wichtig, aber ebenso wichtig ist die Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dies gilt für Kleinbetriebe mit fünf genauso wie für Großbetriebe mit 10.000 oder 100.000 Beschäftigten. Gerade die neuen technologischen Entwicklungen lassen uns die Beteiligung der Betroffenen dringlicher erscheinen als je zuvor.

Wir legen gemeinsam mit den Gewerkschaften auch deshalb unser Schwerkergewicht auf die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil die Erfahrungen in anderen Ländern, in Großbritannien, aber auch jüngste Erfahrungen in Frankreich unterstrichen haben, daß die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln, also die Verstaatlichung, letztlich auf die Beschäftigungschancen und die Lage der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Einfluß hat als z. B. Mitbestimmungsregelungen, wie sie in der

Bundesrepublik gelten, und wie sie ausgebaut werden müssen. Notwendige Ergänzungen zu diesen Punkten des Godesberger Programms hätten uns nicht veranlassen müssen, ein neues Programm zu erarbeiten; es sind neue, ganz andere Probleme, die wir in Godesberg nicht sehen konnten oder nicht gesehen haben, die es uns notwendig erscheinen ließen neu in der Partei und mit den uns Nahestehenden zu diskutieren, wie wir auf die Politik der Zukunft Einfluß nehmen wollen. Die Grundwertekommission hat mit ihrem Bericht zur Fortschreibung des Godesberger Programms die offenen Fragen benannt, die durch ein neues Grundsatzprogramm beantwortet werden sollten.

Es sind die Gefährdungen unserer Welt durch unkontrollierbar gewordene Massenvernichtungswaffen, durch die Zerstörung der natürlichen Umwelt, die Entwicklung neuer, den Menschen bedrohende Technologien, die Massenarbeitslosigkeit und die Zukunft der Arbeit; aber auch ein verändertes Lebensgefühl, eine andere Bewußtseinsentwicklung der Gesellschaft, die sich auswirken in der Sozialpolitik oder bei der Forderung nach gesellschaftlicher Gleichheit von Frau und Mann.

Diese neuen Probleme haben wesentlich dazu beigetragen, daß erstmals ein Programmentwurf der SPD sehr viel selbstkritischer, sehr viel skeptischer ist als frühere Programme. Das Vertrauen in den engen Zusammenhang zwischen wissenschaftlich-technischem Fortschritt, zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte und größeren Chancen zur persönlichen und gesellschaftlichen Emanzipation ist im letzten Jahrzehnt erschüttert worden.

Überschaubare mögliche Entwicklungen zeigen, daß nur eine große politische Anstrengung uns vor den negativen Folgen des Fortschritts bewahren kann. Nicht, daß wir nicht die Möglichkeit und Notwendigkeit einer fortschrittlichen Gesellschaft sähen, nicht, daß wir nicht glaubten, einen vernünftigen Weg zu wissen und daß wir ihn auch gehen wollen. Aber wir wissen auch, daß jeder falsche Schritt uns auf dem Weg zu einer humanen, lebenswerten Gesellschaft zurückwerfen kann. Und wir sind zum erstenmal in der Situation, daß falsche Schritte nicht nur Blut und Leben vieler kosten können, daß falsche Schritte Rückritte bringen können, sondern daß sie menschliches Leben zerstören, ja sogar völlig auslöschen können. Dieses Wissen hat uns manches vorsichtiger und manches auch umständlicher formulieren lassen.

Die Gefahr des Rüstungswettlaufs ist seit Jahren ein zentrales Thema unserer Parteitage und insofern ist es nur konsequent, wenn der Programmentwurf gegen das Konzept der atomaren Abschreckung das der gemeinsamen Sicherheit setzt und sich für den Verzicht auf atomare Waffen ausspricht. Er knüpft damit ebenso wie mit der Forderung nach einem atom- und chemiewaffenfreien Europa an das Godesberger Programm an.

Neuland betreten wir mit dem Kapitel "Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften". Natürlich waren sich die Sozialdemokraten der Notwendigkeit von Umweltschutz immer bewußt, schließlich sind alle Arbeitsschutzmaßnahmen auch Umweltschutzmaßnahmen.

Wenn das Godesberger Programm sagt: "Technik und Zivilisation setzen heute den Menschen einer Vielzahl von gesundheitlichen Gefährdungen aus. Sie bedrohen nicht nur die lebende, sondern auch künftige Generationen", so wird die sich abzeichnende Perspektive deutlich. Auch der Wahlkampf 1961 mit der damals behaltenden These "Der Himmel über der Ruhr muß wieder blau werden" zeigte das Problembewußtsein einiger

Sozialdemokraten. Dennoch stand die überwiegend positive Sicht des technischen Fortschritts 1959 nicht in Frage und nicht in Frage stand die Auffassung, daß bei genügendem Mitteleinsatz, die Folgeprobleme von Wirtschaft und Technik zu bewältigen seien.

Heute wird das, was technisch machbar ist, von uns sehr viel gründlicher nach seinen ökologischen und humanen Folgewirkungen untersucht.

Ein Kernsatz des Godesberger Programms:

"Die Wirtschaftspolitik muß... die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen" erfährt heute vielfältige Einschränkungen und Interpretationen. Wir zweifeln heute daran, ob Wohlstand bestehen kann in immer mehr Konsum, auch wenn wir wissen, daß wichtige Konsumchancen nach wie vor ungleich verteilt sind. Zu unserer Vorstellung von Erhöhung des Wohlstandes gehört auch, mehr Freizeit, eine gesündere Umwelt und eine bessere Lebensperspektive.

Wir haben erfahren, daß Wirtschaftswachstum nicht notwendigerweise Vollbeschäftigung sichert, sehr wohl aber unsere Lebensbedingungen zerstören kann.

Die Sozialdemokratische Partei wird und kann sich technischem und wirtschaftlichem Fortschritt nicht versagen. Aber er muß die Lebensbedingungen und die Arbeitsbedingungen verbessern und darf nicht die Umwelt zerstören. Wir sehen sehr wohl die großen Chancen in der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien; aber zum erstenmal melden wir Zweifel am technischen Fortschritt und einer uneingeschränkten Wissenschaftsfreiheit an. Wenn der Programmentwurf festhält:

"Obwohl die Wissenschaftsfreiheit für uns ein grundlegender Wert ist, sind in Ausnahmefällen Regelungen und Begrenzungen unvermeidlich. In der Regel hat gesellschaftliche Kontrolle erst dort ihren Platz, wo es um die Anwendung von Forschungsergebnissen geht. Es gibt aber Bereiche, in denen aus übergeordneten Wertesichtpunkten heraus auch in den Wissenschaftsprozeß selbst kontrollierend eingegriffen werden muß. Dies betrifft teilweise das Forschungsverfahren, teilweise die Forschungsgegenstände selbst" dann wird sehr viel mehr Gefahrenbewußtsein deutlich, als bei dem Satz des Godesberger Programms: "Der Staat hat Vorsoorge zu treffen, daß Forschungsergebnisse nicht zum Schaden der Menschheit mißbraucht werden."

Heute wissen wir, daß wissenschaftlicher und technischer Fortschritt die Menschheit gefährden, ja sogar auslöschen kann, nicht nur durch die Entwicklung der Massenvernichtungswaffen, sondern auch durch die Gentechnologie oder durch die rücksichtslose Ausbeutung der Natur. Gleichzeitig wissen wir, daß dieser technische Fortschritt das Leben auch humanisieren kann.

Die Arbeitslosigkeit in den industrialisierten Ländern, wie in den Ländern der 3. Welt ist für uns eine Herausforderung. Wir sind uns einig mit Sozialwissenschaftlern, daß die Erwerbsarbeit in unserer Gesellschaft einen zentralen Stellenwert in Leben der Menschen hat. Die Erwerbsarbeit bestimmt an erster Stelle das Selbstwertgefühl. Sie sichert die materielle Unabhängigkeit, bestimmt wesentlich die gesellschaftliche Bedeutung und Anerkennung, ermöglicht soziale Kontakte, Gespräche, Diskussionen und damit die Beteiligung an der Politik. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist deshalb das Recht auf Arbeit unverzichtbar.

Auch wenn wir gleichzeitig Wert und Notwendigkeit der Eigenarbeit, der Familienarbeit, der kulturellen und gesellschaftlichen Tätigkeiten höher veranschlagen als in der Vergangenheit, wenn wir in der sinnvollen Kombination von Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und gesellschaftlicher und kultureller Arbeit die Zukunftsperspektive der Arbeit sehen. Der Verweis auf Eigenarbeit und Ehrenamt für die Männer und Frauen, die keinen Arbeitsplatz erhalten sollen, ist für Sozialdemokraten allerdings inhuman.

Wir streben deshalb noch in diesem Jahrhundert den 6-Stunden-Erwerbs-Arbeitsstag für alle an. Die technischen Entwicklungen wollen wir nutzen nicht nur für eine Entdichtung der Arbeit, sondern auch für eine bessere Arbeitsorganisation, die wegführt von stupiden Arbeitsvorgängen zu komplexen, menschliche Fähigkeiten und Wissen besser nutzende Arbeiten.

Die technische Entwicklung ermöglicht beide Wege, den Weg zu noch größerer Monotonie und den Weg zu umfassenden Arbeitsvorgängen. Weil der zweite, von uns angestrebte Weg hohe Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voraussetzt, muß unser Ziel eine umfassende Bildung und Weiterbildung sein. Ohne eine ernsthafte und dauerhafte Qualifizierungsoffensive wäre der Weg zur humaneren Arbeitsplatzgestaltung verpasst, auch der Weg zur zukunftsorientierteren Wirtschaftsentwicklung. Das haben inzwischen auch Unternehmer und fortschrittliche CDU-Leute erkannt. Aber wir dürfen nicht bei Weiterbildungsmaßnahmen stehenbleiben, die kurzfristigen Unternehmensinteressen genügen.

Nur eine Fort- und Weiterbildung, die der Erweiterung der beruflichen Kompetenz dient und gleichzeitig wissenschaftliche, politische und allgemeine Bildung umfaßt, eröffnet die Chancen dauerhafter Beschäftigung und sie eröffnet die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Diesen Ansprüchen müssen nicht nur die öffentlichen Weiterbildungsangebote genügen, sondern auch die betrieblichen.

Wir wissen, daß unserer Gesellschaft die Arbeit nicht ausgeht, oder ausgegangen ist, daß nach wie vor viel Wichtiges und Lebensnotwendiges unerledigt bleibt und daß dennoch viele Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Hier setzen die Lenkungsmöglichkeiten des Staates an. "Wir müssen reichlich vorhandenes Kapital so lenken, daß die scheinbar überflüssige Arbeitskraft der Deckung ungestillter Bedürfnisse dienen und unbefriedigten Bedarf decken kann" sagt der Programmtexturf.

Aus der Erkenntnis, daß wirtschaftliche und technologische Entwicklungen über nationale Grenzen hinausgehen und internationaler Steuerung bedürfen, aber auch aus der Erkenntnis, daß eine erfolgreiche Sicherheitspolitik der Bündelung gleichgerichteter Interessen bedarf, legt der vorgelegte Programmtexturf ein Schwergewicht auf die politische Integration Europas. Damit knüpft er an das Godesberger und an das Heideberger Programm an, aber die früheren Ziele, noch an der Idee des internationalen Sozialismus orientiert, werden konzentriert auf die Organisation der Europäischen Gemeinschaft. Als das Godesberger Programm beschlossen wurde, arbeitete die Europäische Gemeinschaft gerade 22 Monate. Wenn unser neues Grundsatzprogramm beschlossen werden wird, hat sie das 30. Lebensjahr überschritten. In diesen Jahren ist sie von sechs auf zwölf Mitgliedsstaaten gewachsen, hat sie politische Organe entwickelt, die mit ihren Entscheidungen unser wirtschaftlich-soziales Leben mitgestalten, manchmal sogar stärker als der Bundestag oder unsere Landtage. Wir wissen, daß kaum ein Gebiet von Rang in

der Wirtschafts- und Sozialpolitik ohne EG-Mitbeteiligung entschieden wird. Wir müssen in unserer politischen Theorie, in Zielen und Aktionsstritten, verarbeiten, daß die in der EG erreichte Verflechtung nationales Handeln in vielen Politikfeldern unmöglich macht. In unserem Programmwurf beschreiben wir die Chancen der Europäischen Einigung, die weit über das bisher Erreichte hinaus von Sozialdemokraten für eine gerechte Sozialordnung und Friedensordnung in Europa ausgebaut werden kann. Wenn Europa sich nicht nur in seiner Wirtschaft und in seiner Sicherheit selbst behaupten will, wenn es seine Lebensformen und seine Kultur bewahren will, müssen wir die Möglichkeiten der Europäischen Gemeinschaft nutzen.

Wir können unsere Interessen nicht ungestraft auf Kosten Dritter verfolgen. Wenn der Friede in der Welt erhalten werden soll, aber auch wenn es uns mit den Zielen des demokratischen Sozialismus ernst ist, müssen wir einen gerechten Ausgleich zwischen den Ländern des Nordens und denen des Südens zum Ziel unserer Politik machen. Entwicklungspolitik kann keine vorrangig an eigenen Kapital- und Machtinteressen orientierte Geldvergabepolitik bleiben, sondern muß eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung anstreben. Der Programmwurf hält fest: "Wir haben nicht die Wahl zwischen Eigeninteresse und Solidarität; vielmehr müssen wir die gemeinsamen Interessen an einer stabileren, gerechteren und dadurch auch leistungsfähigeren Weltwirtschaft wahrnehmen und zum Nutzen aller durchsetzen". Allerdings stellt sich auch für die Dritte Welt die Aufgabe für Sozialdemokraten, mit allen Mitteln die Kräfte zu "unterstützen, die überholte Besitz- und Machtstrukturen verändern und Demokratie durchsetzen wollen". Sozialpolitik hatte in unseren Grundsatzprogrammen immer einen besonderen Rang, weil sie an unmittelbaren Notlagen des Menschen beeinflusst, weil sie an direktesten die Lebenslage der Menschen verbessert. Sozialdemokratische Politik seit 1959, vor allem unsere 16jährige Regierungszeit, hat uns vieles erreichen lassen. Jetzt müssen wir uns mit dem Umbau des Sozialstaates befassen, auch weil wir verhindern wollen, daß der konservative Angriff auf den Sozialstaat notwendige Umbauten zu einem Abbau nutzt. Zu dieser Neugestaltung der sozialen Sicherung gehören Vorschläge, wie immer weniger Erwerbstätige immer mehr Nichterwerbstätige unterhalten können. Darüber hinaus haben sich die gesellschaftlichen Anforderungen an die Sozialpolitik geändert. Unsere Vorstellungen können sich heute nicht allein darin erschöpfen, Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, eine Alters- und Krankenversicherung zu garantieren. Das bleibt ein wichtiger Eckpfeiler der sozialen Sicherung und unsere Forderung: "Im Alter, bei Invalidität oder Arbeitslosigkeit wollen wir eine Grundversicherung, die den Lebensbedarf deckt, ohne daß Sozialhilfe in Anspruch genommen werden muß", schließt nahtlos an das Godesberger Programm an, ebenso wie die Vorstellungen zur Sicherung der Altersrente.

Unsere Sozialpolitik muß sich davon lenken lassen, daß der Staat zwar die Grundrisiken absichern muß, daß aber nicht alle Bedürfnisse über einen staatlichen Leistungen geschlagen werden dürfen. Daß wir die Vielfalt der Lebensbedürfnisse und Lebensformen, z.B. auch im Alter, bei Invalidität und Krankheit, erhalten müssen. Das heißt, unser staatliches Leistungssystem muß sehr viel flexibler auf die Bedürfnisse eingehen, muß unterschiedliche Nutzungen des sozialen Leistungssystems zulassen, muß mehr Selbstbestimmung ermöglichen. Wir denken, daß es dabei auch eher kostengünstiger arbeiten kann. Wir sagen dazu: "Unser Ziel ist eine soziale Sicherung, die alle Bürgerinnen und Bürger beim Vorliegen gleicher Tatbestände gleich behandelt und zu deren Finanzierung alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Dabei

wollen wir, wo immer dies möglich ist, Hilfe zur Selbsthilfe ermutigen und nützen".

Mehr Individualisierung und mehr Hilfe zur Selbsthilfe heißt für uns aber nicht, das Abwälzen der Grundrisiken auf die Betroffenen oder ihre Angehörigen, wie es uns Liberale und Konservative vorschlagen. Selbstbestimmung und Freiheit des einzelnen würden in einer Gesellschaft, die immer noch täglich Ungleichheiten produziert, durch Privatisierung der Lebensrisiken unzumutbar beeinträchtigt.

Als Grundpfeiler einer vorbeugenden Sozialpolitik halten wir eine gerechtere Verteilung der Primäreinkommen für unentbehrlich.

Während im Godesberger Programm die Einkommens- und Vermögensverteilung noch eine eigene Überschrift hatte, behandelt der Programmtext diese Grundsatzforderung der SPD an verschiedenen Stellen des Wirtschaftskapitels, vielleicht nicht deutlich genug. Ich denke, daß wir in der Diskussion des Entwurfs das noch konkretisieren müssen.

Die Forderung nach gesellschaftlicher Gleichheit von Mann und Frau ist seit 1875 - sehr offensiv 1891 und 1925 - Inhalt sozialdemokratischer Programmatik. Das Godesberger Programm paßt sich aus weichen Gründen auch immer den gängigen Rollenvorstellungen der Adenauer-Ära an, und verweist bei formaler Aufrechterhaltung der Gleichheitsforderungen Frauen in eine besondere familienabhängige Rolle.

Der Orientierungsrahmen '85 nimmt dann die Gleichstellungsforderung wieder auf. Wenn im Programmtext die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann zu einem zentralen Punkt gemacht wird, so knüpfen wir an die sozialdemokratische Programmatik, aber wir gehen auch auf ein geändertes Lebensgefühl von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft ein, das nicht nur in der Frauenbewegung, sondern in veränderten Lebensformen vieler Menschen seinen Ausdruck findet.

Anders als die Sozialdemokraten vor 100 Jahren, die in der Tradition der Aufklärung die Gleichstellung von Mann und Frau vertreten, sind wir uns bewußt, daß die gesellschaftliche Gleichheitsforderung - wenn sie denn nicht nur Lippenbekenntnis bleiben soll - eine Umgestaltung des gesamten Lebens bedeutet und vor allem von uns selbst gelebt werden muß. Zwar brachte es schon der Aufklärer Montesquieu zu der Einsicht:

"Die Herrschaft, die wir über die Frauen haben, ist eine wahre Tyrannei." Aber die Ideen zur Emanzipation solcher Aufklärer wie Montesquieu, Voltaire und Diderot endeten ebenso wie letztlich bei August Bebel in einem ungelösten Widerspruch zwischen dem theoretisch als richtig erkannten Anspruch auf Gleichheit und Emanzipation und den eigenen Lebensvorstellungen. Wenn Voltaire von der Neigungsbestimmtheit der Frauen im Unterschied zur Eigenmächtigkeit und Erfolgsorientiertheit der Männer schwärmt, wenn er ihre Sanftheit und moralische Stärke lobt und von der Verderbnis der Männer durch die Berufswelt spricht, so wird der Widerspruch ebenso deutlich wie bei August Bebel, der in seinem Buch: "Die Frau und der Sozialismus" fordert "Es gibt keine Befreiung der Menschheit ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter", aber gleichzeitig in seinen Memoiren seine "liebevolle, hingebende und allzeit opferbereite" Frau und die bei der Familie Bebel selbstverständliche Rollenteilung zur Voraussetzung seiner eigenen Lebensentfaltung macht.

Die Mitglieder der Programmkommission waren sich einig, daß die formale Deklaration gesellschaftlicher Gleichheit nicht mehr ausreicht für eine glaubwürdige Vertretung der Emanzipation der Geschlechter.

Wenn als Ziel festgehalten wird:

"Wir wollen Menschen, Frauen und Männer, die gleich, frei und solidarisch erzogen, sich allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens widmen und denen nach Haus- und Erwerbsarbeit Zeit und Kraft bleibt für gesellschaftliches Engagement, für sportliche und kulturelle Tätigkeit", dann wird mit dieser Zielvorgabe auch eine grundsätzlich andere Lebensperspektive für Männer und Frauen angestrebt. Eine Lebensperspektive, die Frauen seit langer Zeit vertreten.

Hier zeigt sich die Veränderung gesellschaftlichen Bewußtseins seit der Verabschiedung des Orientierungsrahmens 1975 - daß es nicht darum geht, Frauen als "defizitäre" Menschen auf den erstrebten Entwicklungsstand der Männer zu heben, sondern, daß es darum geht, die Defizite der männlichen und weiblichen Lebensbedingungen und Lebensformen zu überwinden - zum Nutzen von Männern und Frauen. So ist die Forderung nach einer Aufhebung der Spaltung zwischen "männlicher" und "weiblicher" Welt zu verstehen.

"Wir wollen eine Gesellschaft, in die Menschen sich unbefangen mit Verstand und Gefühl einbringen können. Damit wird jeden einzelnen Menschen ein größerer und freierer Spielraum zur Entwicklung und zum Ausdruck der eigenen Individualität gegeben." Der häufig in den Zeitungen zitierte Satz "Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden," zeigt an, daß es um die Überwindung der eigenen Lebensgewohnheiten geht, zu denen auch die eigene Bequemlichkeit gehört. Kaum eine unserer Zielvorstellungen können wir so unmittelbar in die Praxis umsetzen wie diese, wenn wir sie denn selbst leben, in unserer Partei und in unseren Familien. Das heißt nicht, die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen vernachlässigen; aber eine Volkspartei wie die SPD, die in ihren eigenen Reihen die Gleichheit von Mann und Frau verwirklicht, ist in der gesellschaftlichen Durchsetzung der Gleichstellung für Frauen nur schwer aufzuhalten. Selbst gelebte Politik wird hier zum wichtigsten Bestandteil politischer Aktion.

Das Godesberger Programm wollte den Sozialstaat zum Kulturstaat weiterentwickeln. Wer unser Kapitel "Auf dem Weg zur Kulturgesellschaft" mit dem Godesberger Programm vergleicht, wird viele bekannte Forderungen vermissen. Wir haben diese Forderungen nicht aufgegeben, sondern sie sind von Sozialdemokraten verwirklicht worden. Der Katalog von Veränderungen des Bildungssystems, den wir 1959 vorlegen mußten, weil es - wie Willi Eichler damals sagte - um die Beseitigung des Bildungsprivilegs ging, ist in den sechziger und siebenziger Jahren von sozialdemokratischen Kultusministern durchgesetzt worden. Ich glaube, wir sollten diesen Genossen, von Ernst Schütte, Carl-Heinz Evers und Ludwig von Friedeburg, bis hin zu Peter von Oertzen und Johannes Nar, die wegen dieser Politik Gegenstand feindseligster Angriffe, ja des Hasses der Konservativen waren, ausdrücklich danken.

Unser Entwurf hat sich wegen dieser Erfolge sozialdemokratischer Politik sehr viel stärker als früher mit den Inhalten der Kulturgesellschaft befassen können. Nur in Schule und Hochschule bestimmt der Staat stärker die Inhalte, in den meisten Bereichen des kulturellen Lebens setzt er nur Rahmenbedingungen. Für die gestaltende Politik von Sozialdemokraten ist es deshalb wichtig, daß unser Entwurf von einem erweiterten Kulturbegriff ausgeht, der sich nicht nur mit dem Schönen und Wahren verbindet, sondern eine Kultur des Alltags anstrebt. Kultur wird als Lebensprinzip verstanden, das alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens und der Menschen mit der Natur umfassen soll.

Ich habe hier keine erschöpfende Darstellung des Programmtextes geben wollen und können; dem unflüchtigen Programmtext könnte nur ein mehrstündiges

Referat gerecht werden, wenn es die Fortentwicklung des Godesberger Programms auf allen Gebieten darstellen wollte.

Natürlich ist der Entwurf zu lang geraten; aber das waren bisher alle Programmwürfe dieses Jahrhunderts. Ich glaube, Hilferding hatte nicht ganz Unrecht, als er 1925 zu den Problemen der Programmschreiber bemerkte: "Wenn nun gesagt wird, das Programm drohe ein Buch zu werden, so sage ich darauf: Das ist nichts, was etwas Freiwilliges ist, sondern gerade darin, daß wir zu soviel Problemen Stellung nehmen müssen, zeigt sich, wie wirklichkeitsnahe der Sozialismus geworden, wie stark der Einfluß der Partei auf die wirkliche Gestaltung der konkreten Verhältnisse bereits ist. Dem müssen und können wir nur durch ein Programm Rechnung tragen, das auf alle konkreten Einzelheiten eingeht."

Soweit Hilferding; wir haben es mit einem Diskussionsentwurf zu tun, da kann noch viel gestrichen werden; meistens wird aber weniger gestrichen als hinzugefügt.

Die Programmkommission hat einen Entwurf vorgelegt, einen Entwurf, von dem wir hoffen, daß er Anstöße gibt zur Diskussion. Es ist ein Entwurf und das heißt, er ist offen für Änderungen und Neuformulierungen.

Er tut seine größte Wirkung, wenn er diskutiert wird, kritisch diskutiert wird. Nicht nur unter uns, sondern mit möglichst vielen, auch außerhalb unserer Reihen, auch mit dem politischen Gegner. Ihre Kritik kann uns helfen, unsere Vorschläge noch klarer, noch überzeugender zu formulieren. Diese Diskussion kann aber auch den anderen helfen, die eigenen Irrtümer aufzugeben. Wir haben zwei Jahre Zeit und der Beginn der Diskussion zeigt, daß die Partei diese Selbstbeinung, dieses Ringen um den richtigen Weg für die nächsten Jahrzehnte will.

Willy Brandt hat 1979, 20 Jahre nach der Verabschiedung des Godesberger Programms, gesagt: "Godesberg war natürlich keine 'Entideologisierung', wenn man damit Beliebigkeit und Unverbindlichkeit meint. Die Menschen in unserer Zeit suchen nach geistiger Orientierung. Und die Grundwerte sind Maßstäbe für individuelles Handeln, für die Bewertung gesellschaftlicher Wirklichkeit und für das politische Wollen, das diese Wirklichkeit verändernd gestaltet."

Wir wollen mit dem neuen Programm diese geistige Orientierung geben. Wir sind keine Propheten, wir verkünden keinen Heilsplan, wir sagen nur, wie wir - aufbauend auf unseren Grundwerten - die Wirklichkeit verändernd gestalten wollen. Deshalb lebt auch unser Entwurf von der "Ideologie", von dem Glauben an eine bessere, eine humanere, eine fortschrittlichere Gesellschaft. Wer sich Gewißheit verschafft, von dem, was ist, wer mögliche Entwicklungen abschätzt, wer darauf verändernd einwirkt, auf den trifft sicher Bertolt Brechts Ermunterung zu:

"Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?"